

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

30 (5.2.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnement: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abingen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/2 Jährl. 3.30 M., Zugeschickt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Cud & Cie., Karlsruhe.

Das Ende eines Mißverständnisses.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich zu Beginn des Krieges zur Landesverteidigung bekannt, und bekennt sich auch jetzt zu ihr. Diese ihre Haltung ist aber von mancher Seite anders in dem Sinne aufgefaßt worden, als ob die Sozialdemokratie damit die unbedingte Garantie für die Vermeidung aller inneren Störungen unternommen hätte, gleichviel wie sich die Verhältnisse während des Krieges gestalten sollten und welche Politik von oben getrieben wurde.

Diese Auffassung ist nie etwas anderes, als ein Mißverständnis gewesen, und als solches hat sie sich entwickelt. Natürlich gibt es infolgedessen Enttäuschte, deren Enttäuschung die parteipolitische Spekulation von der Rechten auszunutzen sucht. Der Erfolg der Verträge muß in Ruhe abgewartet werden. Die sozialdemokratische Partei hat während des ganzen Krieges eine vollkommen klare Linie der Politik eingehalten. Indem sie sich zur Verteidigung bekannte, hat sie jeden Eroberungskrieg aufs schärfste abgelehnt. Die Mißstimmung der Bevölkerung über den Druck, der durch den Krieg hervorgerufenen Zustände hat sie nicht mit leeren Worten beschwichtigen wollen, sie hat immer wieder die Ursachen dieser Mißstimmung aufgezeigt und auf ihre Beseitigung gedrungen. Selbstverständlich war es dabei das letzte Ziel, die innere Front zum Zweck der notwendigen Verteidigung ungebrochen aufrecht zu erhalten und ernste Störungen zu vermeiden.

In dem Streben nach diesem Ziel hat sie aber nur bei einigen bürgerlichen Politikern und in streng rationalen Kreisen auch bei den Regierungen, am meisten noch bei der Regierung Besmann-Hollwegg, Verständnis und Unterstützung gefunden. Befriedigende Resultate waren trotz aller Maßnahmen und Warnens auf keinem Gebiet zu erzielen. Eine energische Bekämpfung des Lebensmittelmangels und eine gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel hat sich nicht erreichen lassen. Die preussische Wahlreform blieb im Goldenen Käfig und befindet sich jetzt in einer Kommission, deren Absicht es offenbar ist, ihr ganz den Garauz zu machen. Vor allem aber in der Friedensfrage, die die Masse am heftigsten erregt und bewegt, ist man über die alten Halbheiten und Zweideutigkeiten nicht hinausgekommen.

Eine gewisse Richtung der bürgerlichen Politik sah aber immer noch für die Sozialdemokratie gar keine Aufgabe als die, so wie es das war, den Mut der Massen zu beschwichtigen. Wie man das machen sollte, ohne die Massen geradezu irre zu führen, blieb ihr Geheimnis.

Da kam plötzlich und unerwartet der Streik in Oesterreich. Er dauerte drei Tage. Er war durchgreifend, er verlor in aller Ruhe und Ordnung. Die Regierung empfing eine Abordnung der streikenden Arbeiter und machte dieser auf dem Gebiet der inneren wie der äußeren Politik recht erhebliche Zugeständnisse.

Die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie sollte es aber immer noch sein, ein Uebergreifen der Bewegung nach Deutschland unter allen Umständen zu verhindern, und man fragte sich nicht, ob und wie das überhaupt möglich sei. Dafür zu sorgen war eben die Aufgabe der Sozialdemokratie!

Mittlerweile hatten sich Graf Cserinin in Wien, Graf Hertling in Berlin zur auswärtigen Lage geäußert. Der Unterschied zwischen beiden Reden war so groß, daß ihn ein Blinder mit dem Stock fühlen konnte. Die Stimmung in Deutschland wurde dadurch nicht verbessert, aber sie zu beschwichtigen, war die Sache der Sozialdemokratie.

Und da es schon überall schwoelte und glimmte, kamen noch andere Leute geschäftig herbei, um aus vollen Rannen Delphin Feuer zu gießen. Das waren die fanatischen Selbsthüter der äußersten Reaktion, die Amerikanisten und Ueberannexionisten, die moralisierenden Machtpolitiker, die den Gewaltfrieden nach außen und innen proklamieren. Auch ihrem Treiben sah man ohne sonderliche Sorge zu, denn das Feuer zu löschen, dazu war ja die Feuerwehr da, die Sozialdemokratie.

Es ist anders gekommen, nicht, weil die Sozialdemokratie wollte, daß es so kam, sondern weil sie in dem Bestreben, eine lokale Entwicklung zu verhindern nicht die nötige Unterstützung gefunden hatte. In unzähligen Fällen konnte sie beschwichtigend und abratend, noch nützen, jetzt war die Sache so weit, daß mit beschwichtigenden Reden nichts mehr geschafft werden konnte. Und so fällt man jetzt mit edler Entrüstung mit moralischen Brügeln über die Sozialdemokratie her, weil sie ihre Funktion als automatischer unbedingt sicher arbeitender Streifenbühnen-Apparat nicht richtig erfüllt hätte.

Aber die Auffassung von der Aufgabe der Sozialdemokratie während des Krieges war niemals etwas anderes, als ein großes Mißverständnis. Die Art der Arbeitsteilung, daß die Einen nichts anderes zu tun haben, als Mißstimmung in den Arbeitermassen zu schaffen, und die Anderen, nämlich wir, nichts anderes, als diese Mißstimmung zu beschwichtigen, lehnen wir mit dankender Entschiedenheit ab.

Die deutsche Sozialdemokratie ist auch heute noch bereit, für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung während des Krieges zu sorgen, man soll ihr dabei aber keine Knüppel zwischen die Beine stecken und keine Steine in den Weg werfen, sondern man soll ihr dabei mit verständigen Maßnahmen helfen. Ob man das tun wird oder nicht, davon hängt der weitere Gang der Dinge und mit ihm unendlich viel für unsere Volksgemeinschaft ab.

Denk es, o Deutschland!

Karl Bröger, der vom Staatssekretär Wallraf in Hauptanspruch des Reichstags zitierte Dichter, schreibt der in Köln, Wallrafs altem Wirkungskreis, erscheinenden „Rheinischen Zeitung“:

Zum zweiten Male widerfährt meinem Gedicht „Bekennnis“ die Ehre eines Zitats in öffentlicher Reichstagsverhandlung und wieder klingt dieses Zitat vom Regierungstisch her. Es scheint, daß die Regierungsmänner die benutzten zwei Zeilen des Gedichts endgültig dem Schatz ihrer politischen Schlagwörter einverleibt haben. Dazu muß doch gesagt werden: „Das Gedicht „Bekennnis“ ist Ende 1914 entstanden, in einer Zeit also, da wir dem Krieg noch gefühlsmäßig ganz anders gegenüberstehen als im vierten Kriegsjahr. Ich habe bei den Versen ganz unpolitisch gedacht, bedauere es aber nicht, daß sie jetzt bald politisch aufgefaßt und verwendet worden sind. Natürlich besteht auch nicht der mindeste Anlaß, das Gedicht dem die Verse entlocken sind, heute zu verweigern. Nur muß klar und deutlich gesagt werden: In das Deutschland der Tripit und Neuention, der „Vaterlandspartei“ und der Eroberungsprelle ist in dem Gedicht mit keinem Wort gedacht. Gemeint ist das neue freie Deutschland, das Deutschland vollständer und bürgerlicher Gleichheit und Gerechtigkeit. Für dieses Deutschland haben seitdem Hunderttausende gekämpft.

Staatssekretär Wallraf hat die Verse mit einer Spitze gegen die Arbeiterpartei versehen. Er ruft mich als Schwurzeugen für die Vaterlandsliebe des deutschen Arbeiters auf. Ich kann dagegen nichts tun, aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß seit Ende 1914 die Welt nicht stillgeblieben hat. Drei Jahre schmerzvollsten Lebens liegen zwischen jenem Gedicht und heute, wie für mich, so auch für Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Soll das kleinere Gefühl, das größere ausschließen? Wenn deshalb vom Regierungstisch wieder ein für die Stimmung der Massen bezeichnendes Wort fällt werden soll, so empfehle ich den Herren diese Verse aus einem Akt „Spartakus“ von mir:

Die neue Welt will ohne Wort bestehen
und dieses Amtes fühlst sie sich berufen:
Den Menschen schütten und sein heiliges Recht!
Zum Throne führt den Geist der Toten denk,
und herrschen soll mit ihm nur die Gewalt,
die alles Recht, das auf die Welt geboren,
um seines reinen Daseins willen ehrt:
Gewalt der Liebe!

Mir scheint, daß diese Verse die herrschende Sehnsucht der Völker sehr viel unmittelbarer treffen als jenes Zitat aus meinem Gedicht „Bekennnis“, und ich würde mich sehr über das Zitat von gestern freuen, wenn bald von den Regierungstischen dieser neue Geist aus ehrlicher Ueberzeugung sprechen würde.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 4. Febr. (W.B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. An vielen Stellen der Front Artillerieaktivität, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Gouthuillster Walde und der Lys, sowie bei der Eserze steigerte. Westlich von Belincourt steigerte ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Ailette, nördlich Brane, drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Frontstellung ein. Eigene Infanterie und Pioniere hielten nordwestlich von Besnanz 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurde an den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone zum Absturz gebracht.

Italienische Front. Zwischen Etsch und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht. Wien, 4. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Zwischen Etsch und Piave lebhaft Artilleriekämpfe. Westlich der Brenta wurden mehrere feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen. Der Chef des Generalstabs.

Französischer Schwindelanspruch.

W.B. Berlin, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Der Funkpruch Paris vom 2. Februar, 12 Uhr 30 vorm. meldet: Vorletzte Nacht bewarfen französische Flieger die Stodplätze der beim Angriff auf Paris beteiligten deutschen Flieger mit Bomben großen Kalibers. Es waren gute Resultate zu verzeichnen. Alle französischen Apparate sind zurückgekehrt.

Diese Meldung ist glatt erlogen. Der Bombenwurf hat nicht stattgefunden. Die Nachricht ist nur eine Maßnahme zur Verhütung der aufgeregten Pariser Bevölkerung über den deutschen Flugangriff und kennzeichnet aufs neue die willkürliche Berichterstattung des französischen Funkdienstes.

Zum Fliegerangriff auf Paris.

Bern, 2. Febr. Das „Petit Journal“ ist gestern wegen Veröffentlichung der Namen der Toten und Verwundeten bei dem Luftangriff beschlagnahmt worden.

Zum Fliegerangriff auf London.

W.B. London, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Reuter. Der amtliche Polizeibericht gibt die Gesamtverluste durch den Luftangriff in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar in allen von den feindlichen Flugzeugen berührten Bezirken, soweit sie bekannt sind, folgendermaßen an: Tote 58, verwundet 178. Von obigen Verlusten wurden 30 Personen getötet und 91 verwundet in einem einzelnen zum Schutzauenthal für bei Luftangriffen benutzten Gebäude. Die Beseitigung der Trümmer dieses Gebäudes wird bedeutend erschwert durch den gefährlichen Zustand des Gebäudes. Es ist daher möglich, daß noch mehrere Leichen gefunden werden. Die Polizei ist benachrichtigt, daß noch vier Personen in dem betreffenden Bezirk vermisst werden seit dem Luftangriff, deren Leichen noch nicht gefunden seien.

Besprechungen in Berlin.

Berlin, 4. Febr. Wie bekannt, ist heute eine Anzahl hoher Politiker und militärischer Persönlichkeiten in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen erstrecken sich, wie wir hören, einestheils auf die Ernährungsfragen, andernteils auf unsere Beziehungen zu unseren östlichen Begnern und insbesondere auf den erhofften Friedensschluß mit der ukrainischen Republik. (Zeff. Bz.)

Landesverrat durch feindliche Flieger.

Berlin, 3. Febr. (W.B. Amtlich.) Zu der in der deutschen Presse gemeldeten Verurteilung der englischen Fliegerleutnants Scholz und Wodey wird noch folgendes berichtet: Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugchriften aufreizenden Inhalts hinter den deutschen Linien abgeworfen, um durch wörtliche und bildliche Schilderungen des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England unsere Truppen zum Ueberlaufen zu verführen. Da bereits im März 1916 zwei deutsche Offiziere von der Entente wegen des Abwurfs von Flugblättern vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt worden waren, ein Urteil, das später allerdings in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde, da ferner Frankreich angekündigt hat, es würde deutsche Fliegeroffiziere, die Flugchriften hinter den französischen Linien abwürfen, bei Gefangennahme vor ein Kriegsgericht stellen, werden als Vergeltungsmaßregel nunmehr die beiden englischen Flieger vor ein deutsches Militärgericht gestellt. Sie wurden des vollendeten Landesverrats für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Berjenseff.

W.B. Kopenhagen, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Der dänische Dampfer „Lindeskov“ ist auf der Reise von einem englischen nach einem französischen Hafen verierkt worden.

Die Stellung der englischen Arbeiterpartei.

W.B. Rotterdam, 3. Febr. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: „Die organisierten Arbeiter haben sich überall dahin geeinigt, den Krieg nur dann fortzusetzen, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß es sich um einen notwendigen Verteidigungskrieg handelt. Die Arbeiter der Allierten werden auf ihrem Kongress am 20. Februar, wenn dort Einstimmigkeit erzielt wird, die Freiheit zur Abhaltung internationaler Konferenzen verlangen. Der Erfolg dieser letzteren wird davon abhängen, ob sich alle Parteien dem einfachen allgemein anerkannten Grundged, der überall die Zustimmung der Arbeiter finden wird, anschließen werden. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn von allen Seiten dazu aufgefordert wird. Man wird von England und Deutschland verlangen, einige besetzte Gebiete aufzugeben, und von Frankreich, daß es zustimmt, daß seine großen Probleme auf diese Weise entschieden werden, die bisher nur von den französischen Minderheits-Sozialisten akzeptiert wurden. Jede Nation muß etwas von ihrem Wunsch und ihrem Stolz preisgeben.“

Die Friedens-Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 3. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Gestern vormittag hielten die deutsche österreichisch-ungarische und russische Delegation zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Die Besprechung begann mit einer Aeußerung des Staatssekretärs v. Kühnmann in der Frage der Einladung bezw. Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär v. Kühnmann erklärte, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei völlig unverändert.

Herr Trotsky führte demgegenüber aus: Die Frage der Zuziehung einer Abordnung der polnischen Regierung als der Regierung eines selbständigen Staates, zu den hiesigen Verhandlungen, sei aufgetaucht, als die russische Delegation

diesen Gegenstand gestreift habe, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkenne, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu der Verhandlung aber nicht angeregt hätten. Darauf habe die Gegenpartei allerdings erklärt, daß sie diese Frage einer Delegation nur scheinbar ist, so lange Polen unter dem Regime der Verfassung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht die jetzigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen.

Als Bevollmächtigter zur Teilnahme an diesen Verhandlungen, fuhr Herr Trojky fort, könne er nur eine Vertretung Polens ansehen, die sich auf die breite Masse stützen könne. Er müsse darauf aufmerksam machen, daß die russische Delegation, wenn sie die Regierung des Herrn Kucharszewski nicht als die bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehe, damit durchaus nicht sage, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes nicht anerkenne.

In Erwiderung hierauf wies Staatssekretär v. Hüblmann auf die Neuzugung hin, die die Vertreter der Mittelmächte bei den Kommissionsitzungen am 11. und 16. Januar in dieser Frage abgegeben haben. Anknüpfend hieran, bemerkte der Staatssekretär v. Hüblmann, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Mandatölkern die Polen heute ausgegliedert habe. Die Angelegenheit der Polen, Litaauer und Kurländer seien bisher zusammen erörtert worden. Er glaube aber einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trojky die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Mandatölkern Polens die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

In Beantwortung einer vorher gemachten Bemerkung Trojky's, daß die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, erklärte Staatssekretär v. Hüblmann, er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien ihm von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugekommen, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe, und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. Die Stellungnahme zu dem durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zustand müsse daher durchaus vorbehalten bleiben.

Minister des Aeußern Graf Czernin wies darauf hin, daß Herr Trojky eine ganz richtige Unterscheidung zwischen Staaten und deren Regierung gemacht hätte. Herr Trojky kenne nur die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diese Staaten zu vertreten, nicht anerkennen. Mit Befriedigung konstatiere er, daß Herr Trojky mit seiner heutigen Erklärung wenigstens die Existenz und die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, womit eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte stattgefunden zu haben scheine. Dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, einem Schiedspruch einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnischen Frage bemerkte sodann Herr Trojky: Die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, und daß sich damals noch Truppenteile, die am Kriege teilnahmen, auf finnischen Boden befanden. Als der finnische Staat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser selbständig den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Friedens zurückgezogen würden, falls es aus militärischen Rücksichten nicht möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Zur Herbeiführung eines Einverständnisses hierüber sei eine Kommission gebildet worden. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, haben sich die finnischen Sozialisten an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewandt, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischen sollten.

Am Schluß machte Staatssekretär v. Hüblmann Mitteilung davon, daß er durch unabwendbare Pflichten abzwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Zeit, die infolge seiner Abwesenheit für die Sitzungen der polnischen Kommission verloren gehe, würde durch Verhandlungen von Macht zu Macht zwischen den anderen in Vrest vertretenen verbündeten Delegationen und der russischen Abordnung, sowie durch Arbeiten der Rechts- und Handelskommission auszufüllen seien. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Die Lage im neuen Rußland.

St. Petersburg, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Die Zustände in Petersburg werden von Tag zu Tag schlimmer. In der Nacht zum 1. Februar wurde das Mitglied des Zentralkomitees des Rates der Arbeiter- und Soldatenrepräsentanten Goldmann-Göter ausgeraubt. In der gleichen Nacht wurde Brodreichensky, der Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates ist, auf dem Semonsky-Markt seines Mantels, der Brieftasche und des Revolvers beraubt, wobei die Banditen erklärten, daß sie auf Befehl des Rates der Arbeiter- und Soldatenrepräsentanten alle Bessanen zu unterjochen hätten. In Aiteingrayen wurden Läden geplündert, darunter auch die Niederlage der Firma Treugolnik. Einige Blindener wurden erschossen. In der Nacht vom 2. Februar wurde ein Weinfelder in der Gogolstraße geplündert, wobei Wachmangewehe in Tätigkeit traten. Zeitungsmeldungen zufolge gab es über 30 Bewunderte.

St. Petersburg, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Folgender Fundbruch ist am 1. d. Mts. von dem ukrainischen freischauf-

tionären Staat des Nikolajewitsch Bezirks ergangen. Die in den Zeitungen erschienene Nachricht über die oberste Staatsgewalt des Rates in der Stadt Nikolajew, die von den Anhängern Lenins, Bronstein u. Co. eifrig vertreten wird, ist eine offensichtliche Inflation, die alle staatlichen Organe der unabhängigen ukrainischen Republik wie Eisenbahn, Post, Telegraph, Telefon, Brieftraffik, Depots, die ganze Bahnlinie von Cherson bis Snamenska vor jedem Anschlag sorgsam durch die der unabhängigen ukrainischen Republik und Regierung treuen ukrainischen Truppen bewacht werden. Genau so ist die Lage in Cherson.

Kiew, 1. Febr. (Nicht amtlich.) Die ukrainischen Regimenter Schewtschenko und Bogdan Georgiewski haben sich mit der gesamten Artillerieausstattung den Sowjetstruppen angeschlossen. Das Arsenal ist genommen. Die übrigen Regimenter der Garnison weigern sich, gegen die Sowjets zu kämpfen. Die Sowjetstruppen von Samara haben den Bahnhof von Syri genommen und sich Karpagan, der letzten Station vor Drenburg, genähert. Die Kosaken Dulows weichen in Aufbruch zurück und werfen alle Waffen weg. Neue Verstärkungen, gebildet aus Infanterie- und Artillerieeinheiten, kommen den Sowjetstreitkräften zu Hilfe. Bei Drenburg verfügen die gegenrevolutionären Truppen über ersichtliche Gase und Explosivstoffe.

Die russischen Truppen in Finnland.

Berlin, 2. Febr. (Nicht amtlich.) Einem Fundbruch zufolge hat die Petersburger Regierung vom Präsidenten der Regierung der finnischen Republik in Verantwortung seiner Mitteilung, betreffend Einmischung russischer Truppen in den Bürgerkrieg im Innern Finnlands, folgendes mitgeteilt:

Die russische Regierung erachtet zusammen mit Jönen die gewaltsame Einmischung russischer Truppen in die inneren Angelegenheiten Finnlands für unzulässig, auch vom Gesichtspunkte des revolutionären finnländischen Proletariats aus, aber jene Nachrichten, die wir von diesen Teilen und ihren Mannschaftelementen haben, daß die gegenrevolutionären chaubritischen Elemente der finnländischen Bevölkerung russische Soldaten angreifen, auf Eisenbahnzüge schießen und anderes mehr, rufen wirkliche Selbstverteidigungsmassnahmen hervor. Zusammen mit Jönen halten wir für unbedingt notwendig, in kürzester Frist Finnland von den russischen Truppen zu reinigen.

Sie ersticken im Gelde.

Die in dem deutschen Farbenkonzern vereinigten Badische Anilin- und Sodafabrik, Höchstler Farbwerke, Bayer u. Co., A.-G. für Anilinfabrikation in Trepzow, Griesheim-Elektron und noch zwei kleinere Werke nehmen eine Kapitalerhöhung von 160 bis 170 Millionen vor. Die Generalversammlungen haben die Vor schläge ihrer Aufsichtsräte gutgeheißen. Sie haben auch guten Grund dazu! Denn die auszugebenden neuen Aktien werden ihnen zum Kurse von 107 Prozent geliefert — sieben Prozent verdient die Emission selbst dabei —, während der Steuereurs von 31. Dezember 1916 zwischen 300 und 350 Prozent mehr als der Ausgabekurs beträgt. Da die Kapitalerhöhung des Konzerns schon längere Zeit bekannt war, ist seit dem 1. Januar der Kurs der Aktien noch weiter in die Höhe getrieben worden, doch genügt es, sich an die Steuereurs vom 31. Dezember 1916 zu halten, um das Geschehen von etwa 500 Millionen festzustellen.

Es werden den Aktionären gegeben:

	Kapitalerhöhung	Steuereurs 31. 12. 16	Gesamt an die Aktionäre	Gesamt an die Aktionäre
Badische Anilin	86 Mll. à 107 %	490 %	137,58	137,58
Höchstler Farbwerke	36 " " 107 %	428 %	115,56	115,56
Bayer u. Co.	36 " " 107 %	488 %	137,16	137,16
A.-G. für Anilin	18 " " 107 %	412 %	39,66	39,66
Griesheim-Elektron	8 " " 107 %	390 %	17,84	17,84

In Summa: 448,00 Millionen Mark. Rechnet man noch die Kapitalerhöhungen der hier in Betracht gezogenen Gesellschaften Weiler ter Meer und Cigella u. Co. hinzu so kommt eine Diebstahls-gabe von mehr als 500 Millionen zusammen!

Frage man nach dem Zwecke dieser in solchem Umfang wohl noch nicht vorgekommenen Diebstahls-gabe, so kann die Antwort nur lauten: Man weiß nicht mehr, wozu man mit dem Segen des Krieges! Aufschreiben gibt es fast nichts mehr, für Kriegsfürsorge und Rückstellungen unter anderer Bezeichnung ist Geld zur Geringe vorhanden und Dividenden von 20 bis 30 Prozent reichen nicht aus, den Heißhunger der Aktionäre zu stillen. Man muß ihnen also Kapital schenken, indem man ihnen die Differenz zwischen dem niedrigen Ausgabekurs und dem Tageskurs in die Tasche steckt.

Da solche Maßnahmen böses Blut machen und Reid erregen, muß man sie schamig mit der Versicherung umhüllen, daß in Zukunft nicht mehr so hohen Dividenden wie bisher gezahlt werden könne, weshalb den armen Aktionären ein Bockspennig auf dem Dornenweg der Zukunft wohl zu gönnen sei. In Wirklichkeit ist aber dieses 500-Millionen-Geschenk an Rentnerexistenzen ein Schlag ins Gesicht der Volksmassen, die arbeiten und kriegen, während die Kapitalisten im Millionenfett zu ersticken fürchten.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Die 160 bis 170 neuen Millionen, die erst Ende 1917 einbezahlt werden, sollen schon am Gewinn des laufenden Geschäftsjahres teilnehmen. Das sind wieder an 25 bis 30 Millionen Extrage-schenk. Außerdem: wenn man jetzt den Aktionären Kapital schenkt und eine Maßnahmsdividendenpolitik treiben will, so begünstigt man damit der Gefahr, von einer drohenden Renten- oder Dividendensteuer allzu hart getroffen zu werden.

Schließlich fehlt der ersten Sache nicht auch ein „Amisider“ Einschlag. Am 4. November ist die Bundesratsverordnung über die Genehmigung der Erhöhung des Grundkapitals der Aktien-gesellschaften und der Genossenschaften mit beschränkter Haftung erlassen worden. Aber am 8. November beschloffen die Aufsichtsräte des Farbenkonzerns die Erhöhung ihrer Kapitalien. Es heißt die Reichsbank habe ihr zugestimmt und die Entscheidung des preußischen Handelsministers sei angeregt. Aber sonderbar bleibt es doch, daß man gerade einen Tag vor der Bundesratsver-ordnung zu dem Entschluß kam. Da wir der Bundesrat am so weniger etwas tun können, als sich der Farbenkonzern in herbortagender Weise in Seereslieferungen betätigt und mit dem Betriebsdienstleistungen vornehmen wird.

Doch kommt es daraus nicht an! Als Zeichen der Zeit verdient das 600-Millionen-Geschenk festgehalten zu werden. Der nach dem Kriege von 1870 ausgebrochene Milliardenzwiel hat diesmal schon während des Krieges eingeleit.

Bewerkschaftliches.

Emil Döblin gestorben.

Ein großes, überaus arbeitsreiches Leben hat am Donnerstag Abend seinen Abhluß gefunden: Döblin, der langjährige Vorsitzende des deutschen Buchdruckerverbandes, ist von einer beinahe 30-jährigen Tätigkeit durch den Tod abberufen worden. Gleich herbei beklaut erleidet die Gewerkschaftsbewegung durch den Tod Döblins wie im Jahre 1912, als ein ihm gleicher, Wimmelsburg, der deutschen Arbeiterbewegung durch den Tod entziffen wurde. Döblins Wirken und Schaffen konzentrierte sich auf rein gewerkschaftliche Tätigkeit, die, soweit er sie für den Buchdruckerverband ausübte, später in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt wurde. Seine großen organisatorischen Verdienste für seine engere Berufsorganisation zu würdigen, wird Aufgabe dieser selbst sein, für uns gilt es hier nur, seine vorbildliche Stellung als Gewerkschaftsführer im allgemeinen zu würdigen.

Döblin war der eifrigste Verfechter des Tarifvertrags-gedankens, der anfänglich sehr starken Anfeindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit sich aber siegreiche Bahn verschaffte. Als nach dem im Jahre 1901/02 verlorenen Kampf um den Reun-hunderttag im Buchdruckgewerbe die Organisation sich allmählich wieder erhob, war es ihr Vorhaben, der in den nachfolgenden Jahren, seit 1896, am Wiederaufbau der Tarifgemeinschaft emsig wirkte. Er galt als bester Kenner der Tariffrage und gewisser-maßen als Gutachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von anderen Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein Zielsetzungen, durch reiche praktische Erfahrung geführter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Geschehnissen war geradezu muster-gültig. Vom geraden Weg der praktischen Gewerkschaftspolitik brachte ihn nichts ab, am wenigsten mandertelei empfindliche Angriffe, die namentlich in früheren Jahren gegen ihn und seine Organi-sation erhoben wurden. Und eine Strafe, für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Disziplin wurde von ihm be-fürwortet und speziell im Buchdruckerverbande durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband fast den letzten Berufs-genossen organisatorisch ersetzte und unter sein starkes Schutzbild führte. Festgelegt, unerschütterlich auch in dieser schweren Kriegszeit, finanziell stark, in den organisatorischen Ein-richtungen musterhaft, so stellt sich das Lebensbild heute dar, dem der Verstorbenen seit 1888 als Vorsteher, vorher schon als Berliner Gewerkschaftler, in steter Arbeitsfreudigkeit treu ge-dient hat.

Aber auch an der Hauptleitung der Gewerkschaftsbewegung war Döblin als eifriges Mitglied tätig. Seit dem Januar 1909 gehörte er der Generalkommission der Gewerkschaften als Mit-glied an, nachdem ihn der Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1909 dazu gewählt hatte. Sein Rat und seine Meinung galt dort alle-wohin sehr viel, eine klare und nüchterne Beurteilung gewerkschaft-licher Dinge war stets von nicht geringer Bedeutung. Seine bis in die letzte Zeit dort rege emfaltetete Mitarbeit wird schwer ver-mißt werden.

Seit Oktober vorigen Jahres krankte Döblin. Seine näheren Freunde und Kollegen führten seinen Krankheitszustand auf den jetzigen schlechten Ernährungsverhältnisse zurück. Ein unheilbares Leberleiden oder zehrte an ihm und zwang den 65-jährigen auf das Sterbelager.

Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird tiefe Trauer über den Tod des treuen, allgemein beliebten und geachteten Gewerkschaftskämpfers sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber und der Buchdruckerverband haben einen schweren Verlust zu beklagen, denn einer ihrer Besten kann für sie nicht mehr wirken. Sein Andenken aber wird fortleben und sein Lebenswerk wird in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte als leuchtendes Vorbild alle-zeit bestehen.

Deutsches Reich.

Reichstagswahl.

Wiesbaden, 2. Febr. (Nicht amtlich.) Bei der heutigen Reichstags-erwahl im Wahlkreise Magia-Wiesbaden an Stelle des konservativen Abgeordneten Gottschalk-Bauerwald war bis gegen 11 Uhr abends das Ergebnis aus 312 von insgesamt 242 Wahlkreisen bekannt. Es wurden von 11 687 Wahlberechtigten 4566 gültige Stimmen abgegeben, davon für Generallandwirtschafts-direktor Rapp (konf.) 4545; zerstückelt waren 100 Stimmen. Die Wahl vollzog sich im Zeichen des Burgfriedens.

Der Hanjandub für „freie Bahn“.

Der Hanjandub hat, wie er selbst es an-ruft, den „Kampf gegen den für die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung immer bedrohlicher werdenden Staatsso-zialismus“ aufgenommen. Zu diesem Zweck stellt sein Präsidium „Kritiklinien“ auf, in denen es heißt:

Der Hanjandub wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe. Es ist ein Lebensinteresse des Staates und der Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Berücksichtigung der For-derungen aus dem Gemeinwohl durchaus geeigneten und gewählten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig ver-standenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Im Interesse der dringend erforderlichen Entfaltung aller pro-ductiven Kräfte, der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Freizügigkeit sowie des Emporsteigens der Ange-stellten zu selbständigen Unterneh-mern wird daher der Hanjandub jede Zwangswirtschaft aus-schärfte bekämpfen, welche zur Ausschließung und Be-schränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Hand-werk führt und führen muß.

Von den mancherlei Lehren aus der Zeit des Früh-kapitalismus unterscheidet sich die Hanjandubdoktrin höchstens dadurch, daß sie nur noch den Ange-stellten, nicht mehr den Ar-beitern mit der Möglichkeit des Aufstiegs zu selbständigen Un-ternehmern winkt. Aber auch die Ange-stellten sind längst eine Massenmasse geworden, die sich mit dem ewigen Angestellten-loos abfinden muß. Im übrigen ist natürlich jegliche Kon-jektion an die Gemeinwirtschaftsidee deshalb verpönt, weil sie den unbeschränkten Profit beinträchtigen könnte.

Arbeitervertreter im Finanzbeirat.

Dem Reichsfinanzbeirat, das bekanntlich nach dem Kriege ge-waltige finanzielle Aufgaben zu lösen haben wird, ist ein 24-köpfiger Finanzbeirat beizugeben worden, dem neben zwei

Interesse der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und der Finanz auch Arbeitervertreter angehören werden. Wir hören, sind als Arbeitervertreter der Genosse Schipuel, sowie Herr Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften berufen worden. Wie wir vernehmen, soll der genannte Bericht keine Instanz auf gezielte Grundfrage darstellen, sondern nur eine Erweiterung und Verbesserung des inneren Apparates. Er soll Fühlung nehmen mit Sachverständigen der Praxis, Wünsche in Finanz- und Steuerfragen entgegennehmen und die Möglichkeit bilden, noch weitere Sachverständige gutachtlich zu vernehmen.

Der Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses hat die Debatte über die Vertretung der Berufsstände beendet. Zu einem Beschluß ist der Ausschuss nicht gekommen, vielmehr wurden alle Anträge einer Unterkommission überwiesen, die am nächsten Mittwoch Bericht erstatten soll. Ueber die Frage der Zugewinnung von Arbeitervertretern und darüber, ob Arbeiter im Herrenhause sitzen sollten, haben sich keine Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, wieviel Sitze man den Arbeitern zubilligen solle und ob man ihnen ein gesetzliches Recht auf Vertretung einräumen oder sie auf die königliche Vererbung verweisen wolle. Für gesetzliches Recht auf Berufung plädierten die Sozialdemokraten, Fortschrittler, das Zentrum und die Nationalverbände. Diese Parteien begründeten das Recht auf Vertretung damit, daß es viel wichtiger sei, daß Arbeitervertreter das Vertrauen ihrer Klassenangehörigen als das des Königs genießen. Den gegenteiligen Standpunkt vertraten die beiden konservativen Fraktionen.

Die politischen Ausmünzungen des Krieges

schicken sich an, nun auch den Streik für ihre Ziele auszunutzen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schrieb am Freitag Morgen:

„Wenn die Verführten sich von den Verführern losmachen wollen, so steht ihnen berufenen Führern, den Ermäßigten der Partei und der Gewerkschaften, der Weg zum Ganzen ohne weiteres offen. Eine Regierung, die selbst den Feinden nie die Verständigungsbrücken abgebrochen hat, wird selbstverständlich auch mit Vertretern der Partei und der Gewerkschaften über die Möglichkeit einig werden wollen, die Streitzeit zu begradigen.“

Diese Meinung nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ zum Anlaß zu dieser Hegelei:

„In Wirklichkeit sind doch diese „berufenen Führer“ wenigstens zum guten Teil mit den Verführern gleichbedeutend. Auch die berufenen Führer tragen für das Werden und Wachsen der Streikbewegung auf jeden Fall die Verantwortung; denn sie haben sich dem Streik nicht nur nicht entgegengestellt, sondern sie haben ihn durch ihre Haltung ermuntert und durch Beteiligung an der Führung auch in aller Form die Verantwortung übernommen.“

Es ist in Wahrheit ein Schandpiel für Götter, daß die allein Schuldigen jetzt solche Tränen vom Stapel lassen. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß, wie es alle Welt weiß, auf welchen politischen Antriebe und auf welchen Verbalten die Vorherrschaft der letzten Tage zurückzuführen ist. Sie wird auch die Spur dieser Schuldigen nicht verdecken und wenn sie sich mit ihrem heuchlerischen „Galt den Dieb!“ den Hals wund schreit!

Baden.

Der Herr Professor protestiert.

In der Zweiten Badischen Kammer legten bekanntlich einige Abgeordnete scharfe Verwahrung ein gegen das Auftreten und Gebahren des Freiburger Professors Dr. H. H. H., der ein fanatischer Agitator der Bayerlandspartei ist und in einer seiner Heftreden die Anhänger eines Verständigungsfriedens im Reichstag „impotente Schwächer“ genannt hatte. Die Wahrheiten, die Herr H. H. im Landtag gesagt wurden, haben ihn nun anscheinend sehr verärgert, denn er verliert an die Behauptungen eine Erklärung, in der er sich zu verteidigen sucht.

Bilder vom Nürnberger Streit.

Unser Nürnberger Parteiblatt, die „Fränkische Tagespost“, bringt folgende Bilder aus den Streittagen:

Am Melancthon-Denkmal. Der große Humanist und Streiter für Vernunft und Wahrheit schaut über die Massen weg, die sich um sein Steinbild drängen. Er lebte und lehrte in einer Zeit, die von Kämpfen und Krämpfen geschüttelt war wie unsere Gegenwart. Der „Protestant“ Melancthon versteht das Gefühl dieser Menschen um ihn her. Es ist auch ein Protest.

Der Redner spricht. Vor ihm steht ein alter, gekrümmter Proletarier in blauer Schürze. Das gefurchte Antlitz drückt Spannung, Eingabe, Gläubigkeit aus. Jedesmal, wenn aus dem Munde des Redners das Wort „Friede“ fällt, greift der Mann vor ihm nach dem verknüllten Hut, kiffet ihn feierlich und steht Augenblicke mit entblößtem Kopf in der nebelnden Winterluft. Diese äußerlich starke und eindringliche Geste wiederholt sich, ohne daß sie sonderlich bewußt gemacht wird. Es ist, als grüßte der Mensch eine hohe, herrliche Erscheinung, die irgendwo über den alten Siebeln leuchtend im Nebel steht. Der Frieden! ...

An den Fenstern des allberühmten Gymnasiums — Segel vor einmal sein Vetter — zeigen sich Knabenköpfe. Sie überleben droben vielleicht gerade Ribius, als die starke, erhobene Stimme des Redners anprang. Jetzt liegen die Gymnasialisten in den Fensterbrünnungen, schauen erkannt und unternehmungslustig auf die Menge und tuscheln sich zu.

Nebenan zeigt sich ein härtiger Männerkopf. Der Herr Professor horcht auch zu. Seine Miene drückt halb Mißbillen, halb Unsicherheit aus. Zuweilen zuckt es um die Lippen, als wollte er etwas einwerfen. Er hörte die Rede eigentlich ab, wie er einem Gymnasialisten die Aufgabe abhört, und man glaubt zu bemerken, daß ihm manches drin gar nicht gefällt. Es ist eben nicht nach Diktat.

Eben kommt der Redner auf das preussische Wahlrecht zu sprechen.

Bezüglich seiner Bemerkung über die Reichstagsmehrheit schreibt Herr H. H.:

„Mein abschließendes Urteil bezog sich auf eine ganz bestimmte, von mir näher bezeichnete Gruppe von Reichstagsabgeordneten, nämlich auf diejenigen, die ihre eigene Bedeutung im Weltgeschehen so sehr überschätzen und die Klust, die sie von der geschichtlichen Größe unserer Heerführer trennt, so sehr unterschätzen, daß sie die Formulierung für angebracht hielten: „Dieser Ludendorff wirt uns auch immer Bengel (Knüppel) zwischen die Füße“.“

Zu dieser „Erklärung“ bemerkt unser Freiburger Parteiblatt, die „Volkswacht“, sehr richtig:

„Der politische Neuling H. H. muß lernen, den Mut der Konsequenz zu besitzen, auch wenn er innerlich zögert, daß er über die Schürze gebauet hat. Tatsache ist, daß er von impotenten Reichstagsabgeordneten gesprochen hat, Tatsache ist, daß er damit nur jene Abgeordnete gemeint hat, welche für die bekannte Friedensentscheidung des Reichstages gestimmt haben. Alles andere ist juristische Anlegungskunst und Wortlauberei. Ob einzelne M. d. R. ihre eigene Bedeutung gegenüber den Leistungen Hindenburgs und Ludendorffs überschätzen, kommt hier gar nicht in Frage. Dieses Kapitel sollte vor allem nicht von einem Mann angeschnitten werden, von dem allgemein bekannt ist, daß er seine eigene Bedeutung noch nie und in keiner Periode seines Lebens unterschätzt hat. Die Zeit wird ja lehren, ob die Anhänger des Verständigungsfriedens auf dem falschen Wege sind. Was sie sich verbitten müssen, ist die Art und Weise, wie die vaterlandsparteilichen Stammtischpolitiker und urteillosen Kraftmeier über sie herfallen und sie immer wieder direkt und indirekt des verächtlichen und vollendeten Landesverrats zeihen. Auch die Staatsbürger, welche in dem fürchtbaren Gegebenen der Gegenwart für die Politik der Verständigung eintreten, wollen das Beste für das Vaterland. Der Machtspruch kann auf die Dauer nicht das herrschende Element im Leben der Völker und Nationen sein. Das werden die H. H. und Genossen noch zur Genüge erfahren müssen.“

Staatliche Bürgschaft beim Bau von Kleinwohnungen. Wie wir berichtet haben, ist dem badischen Landtag ein Gesetzentwurf über die staatliche Verbürgung zweier Hypotheken zugegangen, der bestimmt, daß diese Bürgschaft für Darlehen an gemeinnützige Bauvereinigungen oder solchen Personen, gemacht werden soll, die eine ausreichende Sicherheit für eine dauernd gemeinnützige Verwertung der von ihnen errichteten Kleinwohnungen geben. Die badischen Städte haben jetzt an das Ministerium des Innern eine Vorstellung gerichtet, in der gebeten wird, den Gesetzentwurf dahin abändern zu wollen, daß nicht nur den sog. „gemeinnützigen“ Bauunternehmungen, sondern auch den privaten Unternehmern die staatliche Förderung des Kleinwohnungsbaues zugewendet werden sollte, weil nur bei reger Beteiligung der privaten Bauunternehmer an der Erstellung von Kleinwohnungen der Bedarf an solchen einermäßen gedeckt werden kann.

Rastatt, 4. Febr. Die heutige Generalversammlung der Waggonfabrik N. G. in Rastatt setzte die Dividende auf 8 Prozent fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 1.800.000 M. auf 700.000 M. auf 2.500.000 M. — Der bisherige Aufsichtsrat wurde wiedergewählt.

Mannheim, 4. Febr. Die Leiche der 19 Jahre alten Fabrikarbeiterin Maria Rüd von hier, die sich am 21. v. Mts. bei der neuen Redarbrücke in den Neckar gestürzt hat, wurde gestern nachmittag gelandet.

Mannheim, 3. Febr. In dem offiziellen Stadtratsbericht wird mitgeteilt, daß in den letzten Tagen im Großen Hauptquartier eine Begegnung stattgefunden hat zwischen dem kommandierenden General der Infanteriebrigade und den Städtevertretern, in welcher die Befragungen bei den Märgenangriffen zur Kenntnis genommen und von den Städtevertretern Wünsche vorgetragen wurden.

Wilsberg bei Heidelberg, 5. Febr. Die 71 jährige Ehefrau des Schneiders Karl Hoffmann stürzte die Saustrampe hinunter und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß sie starb.

Kuggen, 3. Febr. In einem hiesigen Garten blüht eine Rose

„Wir müssen deshalb den preussischen Genossen das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erkämpfen helfen.“

In das letzte Wort klingt von oben aus ehrlichem Gemüt und in bestmöglichem überzeugendem Ton: „Die Saupreiß!“

Ein Gymnasialistenkopf fährt in die Schulküche zurück. Man hört drinnen eine tiefe Stimme großen und weitem.

Die Menge ordnet sich zum Demonstrationzug. Vor mir gehen Arm in Arm vier junge, nette Mädchen. Sie lachen und juchzen, werfen die Augen nach allen Seiten und stecken die Köpfe fichernd zusammen, wenn ein Scherzwort herüberfliegt. Man spürt, wie ihnen dieses Schändern ohne Absicht und Auftrag gefällt. Sie gehen nach langer, aufreibender Arbeitszeit den freien, unbekümmerten Tag und finden die Welt wunderbarlich.

Da plakt ein blondes, wirkliches Gesicht heraus: „Et summa mer doch amal ins Kino a'm Film.“

Sie hat ganz recht. Warum sollen nur Fürsten und Bourgeois in Scherls „Woche“ kommen? Sich selbst einmal im Film sehen wollen, ist ein zu begreiflicher Mädchenwunsch.

Unterhaltung und Belehrung

Kriegsroman-Helden.

Aus einem Kriegsroman: „Seine Höhe“, abgedruckt im „Vielefelder Anzeiger“:

„Die erste Granate traf einen Wagen und zertrümmerte ihn, ohne daß jemand verletzt wurde. Die zweite Granate fiel mitten zwischen eine Gruppe deutscher Soldaten von Willbergs Kompanie. Ehe diese Granate jedoch explodieren konnte, hob Fritz Willberg dieselbe mit Wlkeschnelle auf und warf sie mit kräftiger Schwung in die feindliche Stellung zurück, wo sie erst explodierte. Und so kamen nacheinander 12 solcher Granaten geflogen, und Willberg ging sie mit seinen starken Armen auf und warf sie alle wieder zurück, ehe sie Schaden anrichten konnten. Jedesmal konnte er annehmen, daß die Granate zu früh freipieren und ihn in Stücke zerreißen würde. Aber das hinderte ihn

Freiburg, 3. Febr. Ein Obermonteur goß in einen Zimmerfülllofen, dessen Feuer nicht brennen wollte, aus einem flüssigen Benzol. Es entstand eine Explosion, durch die der Obermonteur schwere Brandwunden erlitt. In diesen schweren Verletzungen ist er gestorben.

Billingen, 3. Febr. Aus Schabhausen war im Jahre 1882 die ledige Maria Kantenbach, genannt Dreher-Mojel, verstorben. Es kam die Vermutung auf, sie sei ermordet und beiseite geschafft worden und auch die Behörde hatte sich mit der Angelegenheit befaßt und eine umfangreiche Untersuchung vorgenommen. Jetzt ist beim Standesamte der Heimatgemeinde aus Schabhausen im Wiesentale die Todesanzeige der „Dreher-Mojel“ eingelaufen, durch die also dargetan wird, daß sie nicht ermordet, sondern aus Schabhausen nach dem Wiesentale ausgewandert ist.

Endenburg, 3. Febr. Das Schützen des Landwirts Georg Senn spielte mit einem Sprengkörper. Dieser explodierte. Dem Kinde wurden drei Finger und der Daumen der rechten Hand abgerissen. Außerdem blühte er das linke Auge ein, das rechte ist gefährdet.

Nielasingen, 3. Febr. Die Eheleute Andreas Gnädinger feiern in diesem Monate die goldene Hochzeit. Das Jubelpaar hat 8 Kinder und 22 Enkel.

Zauberhofsheim, 3. Febr. In Zimmern ist der Weidenwäcker Martin auf dem Weg zur Mühle von der Brücke herabgestürzt. Er brach dabei das Genick und war sofort tot.

Karl Mathy.

Am 3. Februar 1868, also jetzt vor 50 Jahren, ist mit Karl Mathy ein Politiker gestorben, der auf die Gestaltung der Dinge in Baden einen hervorragenden Einfluß ausübte. Seine Geburtsstadt war Mannheim, sein Geburtstag der 17. März 1807, jedoch er starb 61 Jahre alt wurde. Auf der Heidelberger Hochschule studierte Mathy Volks-, Natur- und Rechtswissenschaft und war dort auch tätiges Mitglied der Burschenschaft. Nach einer abenteuerlichen Reise nach Paris, die natürlich einen politischen Hintergrund hatte, machte er sein Examen als Kameralpraktikant, worauf er Steuerbeamter wurde und sich auch journalistisch betätigte. Als 25jähriger gab er in Karlsruhe den „Zeitgeist“ heraus, der aber der Zensur erlag. Seines Amtes wurde Mathy ebenfalls enthoben und schließlich sah er sich veranlaßt, aus politischen Gründen nach der Schweiz zu flüchten. Dort redigierte er die „Junge Schweiz“ von Giuseppe Mazzini, das Organ der internationalen Revolutionäre. In der Schweiz war er auch ständig verfolgt, so daß er sich schließlich entschloß, wieder in seine badische Heimat zurückzukehren. In Karlsruhe redigierte er zunächst die „Badische Zeitung“, dann die „Landtagszeitung“ und im Jahre 1842 wurde er in den badischen Landtag gewählt. Unmäßig läutete sich seine Ansichtungen vom Republikaner zum Anhänger der konstitutionellen Monarchie. 1848 wird er Mitglied des deutschen Parlamentes in der Frankfurter Paulskirche und gleichzeitig im Jahre 1848 badischer Minister. In der Folgezeit war er einflußreich für die Einigung Deutschlands tätig, er schrieb für die „Deutsche Zeitung“ von Coblenz, gehörte dem Erfurter Parlaamente an und wurde dann in Köln, Getha und Leipzig Beamter und Vizepräsident, bis er 1862 als vorübergehendes Mitglied in das Finanzministerium berufen wurde. 1866 mußte der „Preuß“ Mathy infolge des Ganges der Dinge seinen Abschied nehmen; bereits am 27. Juli desselben Jahres erinnerte man sich seiner wieder und der Großherzog machte ihn zum Staatsminister. Für die Neugestaltung Badens und die Ordnung seiner Verhältnisse zum westlichen Reiche hat Mathy dann unermüdet gearbeitet bis zu seinem Tode, den er in Gegenwart seiner Gattin, seiner treuen Lebensgefährtin während aller Mühe und Irrfahrten seines Lebens, erwartete. Mathys Leben ist von Gustav Freitag anschaulich geschildert worden.

Die Gründungsfeier der orthodoxen Anstalt der Universität Heidelberg.

In Anwesenheit des Großherzogs, des Lehrkörpers der Universität und zahlreicher Vertreter aus Handel, Industrie und Bankwesen fand am Sonntag mittig in der Aula der Universität die Gründungsfeier der orthodoxen Anstalt, die der Universität angegliedert wird, statt. Nach dem die Feier einleitenden Choralspiel „Die Himmel rühmen“ begrüßte der Professor Geh. Hofrat Prof. Dr. Erdmann die Festversammlung und dankte allen, die sich an dem Zustandekommen des Werkes beteiligt haben, vor allem Geh. Kommerzienrat Dr. Richard Brosien, dessen Zutritt nicht fern Wert zu vollenden. Seine Hände bluteten, und der Schweiz rann ihm von der Stirn. Aber er stand wie ein Fels und warf mit muskelfarken Armen die Geschoße zurück, so daß drüben im feindlichen Lager allgemeine Verwirrung entstand und die Stellung im lühnen Sturmangriff genommen werden konnte.

Vielleicht ist die Hedwig Courths-Mahler, die Schandroman-Fabrikantin, so freundlich und schickt noch mehr solcher Mordskerle ins Feld. Unsere Soldaten werden sich freuen. Vielleicht geht sie auch selbst hinaus. Dem deutschen Volke könnte kein größeres Heil widerfahren, wenn Frau Hedwig draußen an der Feldflüche eine andere Beschäftigung erbielte, als in der Heimat Mist abzuladen.

Berliner Kriegszoologie.

Das Pferd. Man unterscheidet a) das lebendige, b) das tote Pferd. Beide Kategorien trifft man in liegendem oder hängendem Zustande an. Das lebendige Pferd liegt meist auf der Straße oder es hängt in der Gabel einer Dreifache. Das weit zahlreicher vertretene tote Pferd liegt wurmförmig in den Schaufenstern der Budiser und hängt gewöhnlich dem, der einmal davon gegessen hat, zum Gasse heraus. Das lebendige Pferd ist ein vormärts, das tote ein auf- oder abwärtsstrebendes Element. In früheren Zeiten wurde das lebendige Pferd durch Hater in Bewegung gesetzt, heute ist die Kraftquelle unbekannt; selbst der Vorstehende des Kriegsernährungsamts steht vor einem Rätel. Dafür legt aber das tote Pferd in obiger Form sofort und entscheidend jeden in Bewegung, der davon genießt. Nichtsdestoweniger ist das Pferdefleisch sehr nahrhaft und bekömmlich, wie eine Gewichtsstatistik der Pferdehändler und Budiser beweisen würde. Das Pferd wird nicht nur vorwärts, sondern auch in die Höhe getrieben — und zwar im Preise. Die Preistreiber berufen sich dabei auf Richard III., der für ein Pferd ein Königreich geboten hat, sie wollen diese Norm gern als Höchstpreis anerkennen.

Das Pferd hat vier Beine zum Einstellen und ein paar Dukend Rippen, woran der Rutscher Gut und Mantel hängen kann. ...

es möglich geworden sei, daß in kurzer Zeit ein Stiftungskapital von rund 3 Millionen Mark zusammengelassen sei. Mit der Errichtung dieses orthopädischen Instituts gehe Baden allen anderen deutschen Ländern voran.

Hierauf nahm der Großherzog das Wort zu einer Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß schon das bad. Rote Kreuz zusammen mit dem 14. K. R. in Ettlingen ein Lazarett errichtet habe, in dem die Wege gewiesen wurden, wie den Kriegsverwundeten durch künstliche Gliedmaßen wieder zur Aufnahme eines Berufes verholfen werde. Der Großherzog gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Heidelberger Anstalt das vollende, was in Ettlingen begonnen wurde. Ferner dankte der Großherzog allen, die sich an dem Zustandekommen des Werkes beteiligt haben. — Minister Dr. Hübsch überbrachte die Grüße und Wünsche der badischen Regierung, worauf der Direktor der chirurgisch-klinischen Anstalt, Geh. Hofrat Dr. Wilms, die Aufgaben und Ziele des neuen Instituts darlegte und betonte, daß die Verwendbarkeit der Verletzten im Berufsleben zu einer Lebensfrage geworden. Sodann wurden von der medizinischen Fakultät einer Anzahl Persönlichkeiten, die an dem Zustandekommen des Instituts besonders beteiligt sind, die Ehrenдокторwürde verliehen.

Vorbereitungskurse für Kriegsbeschädigte. Das Großh. Landesgewerbeamt beabsichtigt, für solche Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verletzung ihrem früheren Beruf nicht mehr nachgehen können und deshalb in einem anderen — im vorliegenden Falle im kaufmännischen — Beruf Beschäftigung suchen, besondere Vorbereitungskurse abzuhalten. Dazu sollen aber nur solche Kriegsbeschädigte zugelassen werden, die sich sowohl durch ihre Fähigkeiten als durch ihre Vorbildung für eine kaufmännische Tätigkeit eignen, und die ganz vom Militärdienst befreit sind. Die Dauer des an der Karlsruher Handelsschule stattfindenden Kurses beträgt ungefähr 3 Monate bei etwa 35 Wochenstunden; er ist unentgeltlich; alle Lehrmittel werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Verpflegung trägt der Landesauswahlschuss für Kriegsbeschädigte; die Wohnung hat der Teilnehmer sich selbst zu beschaffen; doch kann bedürftigen Kriegsbeschädigten eine Beihilfe zum Wohnungsgeld oder dessen gänzliche Bezahlung auf Ansuchen gewährt werden. Gesuche um Zulassung sind bis spätestens 15. Februar 1918 auf einem vom Großh. Landesgewerbeamt unentgeltlich erhältlichen Anmeldebogen an das Großh. Landesgewerbeamt, Abteilung II, in Karlsruhe zu richten. Außerordentliche Teilnehmer sollen auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Verpflegung dann Anspruch, wenn sie den schriftlichen Nachweis erbringen, daß der Landesauswahlschuss ihrer Heimat die entliegenden Kosten übernimmt. Beginn des Kurses: 1. März 1918.

Eine schärfere Bekämpfung des Schleichhandels. Wie wir hören, wird von Seiten der Regierung eine verschärfte Bekämpfung des Schleichhandels ins Auge gefaßt. Bekanntlich hat in Baden der stellv. General des 14. K. R. die Vorschriften des Ministeriums des Innern über die Bekämpfung des Schleichhandels durch eine eigene Verordnung, die im Einvernehmen mit dem betr. Ministerium erfolgte, verschärft, und diesem Beispiel wollen die anderen deutschen Bundesstaaten folgen. Es ist aber weiterhin beachtlich, neue Vorschriften zu erlassen, um den Schleichhandel, der auf dem Wege der Post- und Eisenbahnsendungen betrieben wird, zu erfassen. Die Post- und Eisenbahnbeamten sollen mit strengeren Weisungen versehen werden, wonach sie berechtigt sind, Sendungen, von denen sie annehmen können, daß sie gegen die Vorschriften verstoßen, zurückzuweisen oder ihre Öffnung zu verlangen; wird Schleichware festgestellt, so müssen die Beamten Anzeige erstatten. Auch für die Aufgabe des Gepäcks werden entsprechende Vorschriften erlassen werden. In der Bekämpfung des Schleichhandels wird man einen Unterschied machen zwischen dem gewerbsmäßigen Schleichhandel und der Schleichverfälschung; der erstere soll besonders streng bestraft werden.

Der Verkehr mit Futtermitteln. Die Verordnung des Bundesrats über Futtermittel ist in neuer Fassung veröffentlicht worden. Von den Änderungen ist hervorzuheben, daß nunmehr auch Futtermittel, welche in der Hand desselben Eigentümers einen Doppeltzweck jeder Art nicht übersteigen, nur durch die Bezugsvereinbarung deutscher Landwirte, G. m. b. H. in Berlin, abgesetzt werden dürfen. Die bisherige Freigabe solcher Futtermittel hat Wegesenheit zu Gesetzesübertretungen geboten. Hiernach ist es, wie die „Karlsruher Zeitung“ halbamtlich schreibt, künftig nicht mehr zulässig, Mais im freien Verkehr abzugeben, wenn der Eigentümer

nur bis zu einem Doppeltzweck davon hat. Ueber den Abfah von Mais zu Saatweiden hat sich der Reichsanwalt Bestimmungen vorbehalten; bis auf weiteres darf Mais zu Saatweiden nach der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 6. September 1916 vom Erzeuger nur an die Geschäftsstelle der badischen Futtermittelmittlung G. m. b. H. in Karlsruhe, abgesetzt werden.

Wiederkehrende Schnell- und Personenzüge. Vom heutigen Dienstag, den 5. Februar ab verkehren wieder eine Reihe der vorübergehend ausgefallenen Züge, und zwar auf den Strecken Frankfurt-Weilrod-Pöhlbach, Ludwigshafen-Heidelberg, Baden-Dos, Laß- Dinglingen, Schwellingen-Wagau, Der Schnellzug D 175 Konstanz ab 8.52 Uhr erwidt von heute ab wieder in Offenburg. Ferner verkehren wieder die für den allgemeinen Personerverkehr zugelassenen Militärurlaubszüge 82, 83, 180 und 190.

Selbst mitarbeiten!

Mit vollem Recht ist man empört über die Kriegshetze der amerikanischen Feindtrüger, die den Krieg verlängert, über den Wucher, der den schwer leidenden Volksmassen das Mark aus den Knochen saugt.

Tut denn aber auch jeder, was in seinen Kräften steht, um diesen verderblichen Erscheinungen zu begegnen? Wie viele, die klagen und kritisieren, tragen selbst zur Verschärfung der Mißstände unbewußt bei, indem sie die Presse lesen und stärken, die an diesen Mißständen schon end vorbeigeht.

Wer will, daß die Hindernisse des Friedensschlusses aus dem Wege geräumt, daß den Volkswirtschaften das Handwerk gelegt werde, muß selbst mitarbeiten!

Zum allermindesten muß, wer das will, die Zeitungen lesen, die für den Frieden und die Volkswirtschaft kämpfen. Eine solche Zeitung ist der

Volkshfreund.

Lesen ihn, verbreiten ihn, verschafft ihm noch größeren Einfluß — und ihr dient euch selbst.

Der „Volkshfreund“ kostet monatlich 1,20 Mk., im Festschriftabonnement ebenfalls 1,20 Mk., im Vierteljahresabonnement 3,60 Mk.

für unsere Soldaten.

Die Gehälter des Feldheeres.

Man untercheidet zwischen mobilen und immobilen Gehältern und Löhnen. Im allgemeinen gelten als mobile Truppen die gegen den Feind vermandeten Truppenteile, sowie die Besatzungen belagerter oder vom Feind bedrohter Festungen, solange diese Bedrohung dauert. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß Truppen, die in Feindesland stehen, immobil, dagegen Truppen, die in der Heimat stehen, mobil sind.

Die Offiziersgehälter haben, mit Wirkung vom 1. Oktober 1916 an, teilweise eine Reduktion erfahren, die sich aber nur auf die nach dem 30. September 1916 in ihre Dienststellen eingerückten Offiziere bezog. Es beziehen Regimentskommandeure bei mobilen Truppenteilen monatlich 1125 Mark, Bataillonskommandeure als Oberleutnants 900 Mk., als Majore 805 Mk., Hauptleute oder Rittmeister 510 Mk., falls sie bereits am 30. September 1916 diesen Dienstgrad erreicht hatten, oder wenn sie verheiratet sind, 655 Mk., Oberleutnants und Leutnants 250 Mk. und wenn sie am 30. September schon Offiziere waren oder verheiratet sind, 310 Mk. Auch nicht verheiratete Leutnants erhalten diese höheren Bezüge, wenn sie den Unterhalt von Angehörigen ganz oder überwiegend bestreiten müssen.

Bei den Unteroffizieren ist zu unterscheiden zwischen Gehalts- und Lohnempfängern. Zu den ersteren zählen: Feigfeldwebel mit einem mobilen Gehalt von 205 Mk., Feuerwerker 130 Mk., Festungsbaufeldwebel

205 Mk., Obermailemeister und Baumeister 235 Mk., Luftschiff-Obersteuerleute und Luftschiff-Obermailemeister 205 Mk., Luftschiff-Steuerleute, Untersteuerleute, Maschinisten und Untermailemeister 140 Mk., Unterzahnmeister 205 Mk., Zahnmeister und Feldgendarmarie 320 Mk., Obergendarm 245 Mk., Obergendarmmeister und Musikmeister 245 Mk., Gehaltsempfänger sind auch die Offiziers-Stellvertreter mit monatlich 190 Mark Gehalt. Die Offiziers-Stellvertreter sind Unteroffiziere und sind, solange sie einen Offizier zu vertreten haben, Vorgesehene aller Unteroffiziere.

Lohnempfänger sind die Feldwebel mit einer Löhnung von monatlich 96 Mk., die Vize-Feldwebel mit 75 Mk., die Sergeanten, Oberfähnrichmiede und Sanitäts Sergeanten mit 67,50 Mk., die Unteroffiziere, Fähnrichmiede, Waffenmeister-Unteroffiziere, Regiments- und Bataillonskassabehälter, Oberbäder und iontigen Oberhandwerker mit 48 Mk. Dann folgen die Gefreiten und Obergesellen mit 24 Mk. und endlich die Gemeinen mit 21 Mk. monatlich.

Offiziere und gehaltsempfangende Unteroffiziere erhalten ein nach dem Rang abgestuftes *Mobilisationsgeld*. Dieses beträgt für den Regimentskommandeur 900 Mk., für den Bataillonskommandeur 700 Mk., für den Hauptmann 500 Mark, Oberleutnants und Leutnants in der Stelle eines Kompanieführers oder wenn sie berufen sind, 300 Mk., andernfalls erhalten diese Gehälter 250 Mk. Offiziers-Stellvertreter erhalten 150 Mk., desgleichen Feigfeldwebel, Scharmeister, Festungsbaufeldwebel, Obermailemeister, Baumeister, Luftschiff-Steuerleute und Maschinisten, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Unterzahnmeister und Zahnmeister erhalten je 200 Mk., Gehaltsempfänger, die im Frieden nicht verpflichtet sind, eine Uniform zu halten sowie Mannschaften, die zu Offizieren befördert wurden, erhalten außerdem ein Einleitungsgeld von 300 Mk.

Nach § 27 der Kriegsbeholdungsverordnung kommen beim Bezuge der Kriegsbeholdung alle Zulagen in Betracht, soweit sie nicht ausdrücklich in der Kriegsbeholdungsverordnung vorzusehen sind. Die Armees-Oberbefehlshaber haben aber die Befugnis, für besonders anstrengende Tage außerordentliche Zulagen bis zur Höhe des Monatsbezugs des Gehalts beim der Löhnung, sofern dieselben aus Mitteln des feindlichen Landes bestritten werden können, zu bewilligen. Außer diesen Zulagen gibt es aber auch solche, die dauernd mit der Stelle verbunden sind, die Dienstzulagen. Die Feldwebel beziehen eine Dienstzulage von monatlich 30 Mk., Oberfähnrichmiede und Kohlenkassabehälter erhalten nach neunjähriger Dienstzeit eine monatliche Zulage von 20 Mk., Woffenmeister-Unteroffiziere beziehen vom Tage der Ernennung an einen stufenweise von drei zu drei Jahren steigenden Löhnungszulage und zwar in der ersten Stufe 60 Mk., in der zweiten 65 Mk., in der dritten 70 Mk. monatlich.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

Wie die hohen Preise zustande kommen. Eine Frau in Siegburg hatte ein Kinderbüchlein zum Preise von 18,50 Mk. erstanden. Als sie die Preisauszeichnung näher in Augenschein nahm, ergab sich, daß eine Reihe von Zetteln übereinander geklebt waren. Um das Geheimnis der vielen Zettel zu ergründen, löste sie einen nach dem anderen ab. Und siehe da, jeder Zettel enthielt eine andere Preisauszeichnung. Die Weisenfolge der Zahlen war folgende: 18,50, 12,75, 7,90, 4,25, 2,95, die letzte Zahl stammte wahrscheinlich noch aus der Friedenszeit. Sie hat sich dann von Zeit zu Zeit bis zur Höhe von 18,50 Mk. emporentwickelt. Sicher eine anständige Leistung! Die Behörde, der diese Klatterkunst bekannt ist, dürfte nicht verheheln, ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Neues vom Tage.

Paris, 4. Febr. (R.F.D. Nicht amtlich.) Neuter, Gestern Abend wurden bei einer Explosion in einer Granatenfabrik in Moulins 10 Personen getötet und 50 verletzt. Es brach Feuer aus. Ein Postamt wurde zerstört. Ein anliegendes Pulvermagazin konnte gerettet werden.

Arbeiter-Jugend. Die sechsen erdichtene Nr. 2 des gebrühten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die freie Jugend. — Wie die Franzosen den Teufel begegnen. Vom Bruder Streubinger. — Friedrich Heibel von Ida Straßer (Schluß). — Aus dem Werkengang der Lokomotive. Von Stephan Wils. (Mit Abbildungen). — Engelbert Bernerstorfer. Von Richard Bernheim. — Wüder für die Jugend. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit! — Zur wirtschaftlichen Lage.

Vom „Wahren Jakob“ ist sechsen die 3. Nummer des 35. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 15 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. B. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

„Der Vortrupp“, Halbmonatsschrift für das Deutschum unserer Zeit. Herausgegeben von Dr. jur. Hermann W. Robert Hamburg. Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut Hamburg. Verlag von Alfred Janzen, Hamburg. 7. Jahrgang, Preis jährlich 8 Mk., vierteljährlich 2 Mk.; Einzelnummer 40 Pf. — Die sechsen zur Ausgabe gelangte Nummer 2 hat folgenden Inhalt: Prinz Max, Leitaufsatz von Heibel, in dem die geistvollen Ausführungen des Prinzen Max von Baden gemessen alle deutschen Ausstellungen gegenüber in ihrer hervorragenden Bedeutung gekennzeichnet werden; Das Fleckchen und die Volksernährung einst und jetzt von Dr. August v. Porosini; Unterichtsbedingungen des Abhtmus von Max Tepp; Unter „Mund und uns“ Volkshund für Freiheit und Vaterland; Insezer Schachspalte.

Zum dritten Male tritt das bekannte Büchlein von Kfarret Mühl: *Wie sorgt das Vaterland für seine kriegsbeschädigten Soldaten?* (Gr. 8°, 40 Seiten mit 19 Abbildungen, 25 Pf.) Verlag der A. W. Vademis, Karlsruhe) seine Wanderung an, um landauf, landab seine gegenwärtige Arbeit fortzuführen und Aufmerksamkeit über die wichtigsten Fragen unserer ersten Zeit zu geben. In warmherzigem und überzeugendem Ton spricht das Büchlein zu uns und behandelt in vollständigster, übersichtlicher und erschöpfender Weise alles Wissenswerte auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Büchlein eignet sich vorzugsweise zur Massenverbreitung.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Bart-Duchhandlung bezogen werden.

Von der „Neuen Zeit“ ist sechsen das 18. Heft vom 1. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die politischen Ideen in Polen. Von Hermann Wendel. — Grundlagen der Hegel-Marx'schen Geschichtsauffassung von Heinrich Cunow. — Die französische Politik in Marokko. Von Ferdinand Moos. — Zwei neue Bilder von Karl Bröger. Von L. Lessen. Berliner Theater. Von Max Grummack. — Literarische Rundschau: Klemens von Ledwiz. Neben 1908 bis 1916. Von M. Gr. Josef Luitpold, Herz im Eifen. Von n. — Notizen: Krieg und Arbeitslöhne.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporturen zum Preise von 1,20 bis Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieses bei der Post nur pro Quartal abomiert werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Schwein haben. Schwein haben ist eine im Alltagsverkehr vielgebrauchte Redensart, die gerade in den gegenwärtigen Kriegsjahren eine besondere Bedeutung gewonnen hat. Sie stammt — wie viele andere Wendungen biblischer Art von den alten Schillingen her, die in früheren Jahrhunderten einen großen Teil der öffentlichen Geselligkeit beeinflussten. Bei den Preisstiegen war es nämlich üblich, daß der letzte Schilling, der am schlechtesten abgegriffen hatte, ein Ferkel, mitunter auch ein ausgewachsenes weibliches Schwein davontrug, einesteils als Trostpreis, andernteils auch der Verpötlung halber, denn wer die Sau nach Hause brachte, war die Zielscheibe des Wites aller Beteiligten. Aber nicht nur bei den Schillingen, sondern auch bei den Pferden war dies der Fall. Schon in einer Nachricht aus dem 15. Jahrhundert über ein zu München stattgefundenes Rennen wird gemeldet, daß das vorderste Pferd ein Stück Scharlachluch, das zweite einen Sperber mit den dazu gehörenden Utensilien, das dritte eine Armbrust, das letzte aber eine Sau davongetragen habe. — Vor dem bekannten literarischen Streitiganden, Dr. G. aus Leipzig, der auch mit Luther anband, und irgendwo in Baden mit einem Schweizer eine theologische Mensur ausfocht, wird gemeldet, daß er eine vollkommene „Abfuhr“ davongetragen habe: er käme infolgedessen „mit einer großen Sau samt sieben Ferkeln“ heim. Die Redensart fort also eigentlich das Gegenwiel dessen, was sie bedeuten soll: Glück haben.

Englische Kluden. Die „Voss. Jtg.“ berichtet: In dem Gefangenenlager Hellstorf in der Provinz Hannover erhalten die englischen Gefangenen von ihren Angehörigen seit langer Zeit herrliche, aus feinstem Weizenmehl und Weizenpulver gebadene Kluden und Torten gesandt. Vor einigen Tagen, als ein Deutscher, der in dem Gefangenenlager zu tun hatte, dort mit einem Engländer sprach, erhielt dieser gerade eine Kiste von seiner Frau. Diese sandte ihm einen prachtvollen Kluden. „Ich weiß nicht, warum mir meine Frau diesen Kluden sendet. Sie weiß doch sehr gut, daß ich nie Kluden und dergleichen esse. Mir sind sie direkt zuwider“, so antwortete der Engländer und fragte den Deutschen: „Wollen

Nr. die das welt züh igen zu 5. Febru in N Not gelegen, Vorhem Aus 18 Bader genen ge rett mit inen S felucht n erkennen dortigen holländi und wo erhielt, den 18 schwer B Gefangen an der V en ber Kriegsbe kommen. Ra. gefühet w fuchendf Schmeir in Säin ellt hierz lechten M dreinen däre ein äbliche R auf durch Bewöfem dene Weng Vorwärts in Dritte überwiefen überwiefen Schweinef Schreienf, Lage ein und die H verenden zur Wurti jet sehr o ferien über Gutsbe Springen f Schwein Renae gel Aus k ter Bewöf lernung um Eifer zum ahmen, je der Verhät der Wiefen treilt, so ihr gen und kann.

für Wasser (gegen) städt. Arbeitsan

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 5. Februar.

Hausfassungen von Altmaterialien. Um die Fürsorge, die das rote Kreuz pflichtgetreu in den verflochtenen, doppelt zählenden, schweren Kriegsjahren ausübte, weiter betätigen zu können, finden in der Zeit vom Dienstag, den 5. Februar, bis 20. Februar 1918 Hausfassungen in Altmaterialien statt.

Aus englischer Gefangenschaft. In den letzten Tagen sind 18 Badener, die zu den aus England ausgetauschten Gefangenen gehörten, hier eingetroffen und in einem hiesigen Lazarett untergebracht worden, wo sie auch von den Grobherzoglichen Hilfa und Küche und von ihren nächsten Angehörigen besucht wurden.

Na. Schweinefleischversorgung. Wiederholt ist darüber Klage geführt worden, daß die karlsruher Bevölkerung, obwohl sie ihre Fleischbedürfnisse sammelt und an die Stadt abgibt, niemals Schweinefleisch erhält; insbesondere sei nicht erklärlich, weshalb in Säulen und Speck gelangen.

Wundel. Eine Frau in Breite von ung näher in Betteln über vielen Perlen od. Und schiff. Die 12,75, 7,90, noch aus der bis zur Höhe ständige Reim ist, dürfte erkannt zu

Bezüglich der Ernährung der Säuglinge hatten wir in unserer Samstagsnummer eine Besondere über die jegige mangelhafte Versorgung der kleinen Kinder mit Nahrungsmitteln. Mit Bezug hierauf teilt uns das Nahrungsmittelamt mit, daß in der letzten Woche Zuteil als Ersatz für Kindermehl gegeben werden mußte, weil die Herstellung von Kindermehl durch die bisherige Fabrik von der Reichsregierung nicht weiter zugelassen wurde.

Unfälle. Durch Sturz von einem Wagen zog sich gestern vormittag in einer Fabrik im Dammwald ein Tagelöhner aus Welschneuzent eine starke Schulterverletzung zu, so daß er mittelst Autos ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. — Ede Gardt- und Abenteurer wurde gestern abend eine Straßenbahnfahrerin beim Rangieren von einem Motorwagen angefahren, zu Boden geworfen und gefesselt. Sie erlitt erhebliche Quetschungen an beiden Beinen und mußte ebenfalls nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

Zur Streikbewegung.

Dittmann zu 5 Jahren Festung verurteilt.

Berlin, 4. Febr. In der heutigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts vor dem Landgericht II stand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabg. Dittmann von der Partei der Unabh. Sozialisten. Vorsitzender war Landgerichtsdirektor Raus, Berichterstatter der Kriegsgerichtsrat Dr. Köhler, Verteidiger waren die Rechtsanwältin Goase und Dr. Herzfeld. Der Berichterstatter beantragte wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt 6 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht erkannte auf 5 Jahre Festungshaft wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf 2 Monate Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht festzustellen konnte, daß die Straftat aus einer ehrlichen Gesinnung entsprungen sei.

Verhaftet

Murde in der Nacht zum Sonntag der politische Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“, Hermann Merkel in Solingen, der der Unabhängigen Partei angehört. Er wurde am nächsten Tage dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Nach einer gründlichen Durchsuchung seiner Wohnung wurde sein Wohnzimmertisch besperrt. Merkel hat Flugblätter verbreitet, die den bekannten Aufruf der Unabh. Soz. Partei enthielten. Bei dieser Arbeit wurde Merkel und ein ihn begleitender Unabhängiger von der Polizei überrascht. Wie wir hören, will man gegen Merkel wegen versuchten Landesverrats vorgehen.

Mannheim, 5. Febr. Gestern früh ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Berichte über unlesbare Komplikationen bei Wiederaufnahme der Arbeit sind lt. „Volksst.“ nicht eingelaufen. Es scheint somit, daß die Minorität der Arbeiter, die am Samstag in der Versammlung für die Fortsetzung des Streiks war, sich dem Majoritätsbeschluss fügte, so daß der Wiederantritt der Arbeit in geschlossener Weise vor sich ging. (A. K.)

Breslau, 2. Febr. Nachdem in verschiedenen Werken Breslaus am 1. Februar eine teilweise Arbeitseinstellung erfolgt

war, ist bereits am 2. Februar fast vollständig die Arbeit wieder aufgenommen worden.

München, 4. Febr. Einigungsverhandlungen, die zwischen den von der Unabhängigen sozialdem. Partei geführten Ausständigen und der sozialdem. Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Samstagabend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse sich der Aktion der sozialdem. Partei anzuschließen zu wollen. Damit ist die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach viertägiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlaufe der Bewegung nicht zu verzeichnen.

Berlin, 4. Febr. Am heutigen Montag haben etwa 100 000 Streikende die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch die Zahl der noch im Ausstand befindlichen nicht mehr sehr groß ist. Man rechnet damit, daß im Laufe des Tages, spätestens aber morgen, der Rest der Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen wird.

Dortmund, 4. Febr. Auf den Beiden und Werken des hiesigen Bezirks arbeiten heute die Belegschaften vollständig, bis auf die Zeche Viktoria bei Linen, wo noch ein großer Teil feiert. In zahlreichen Belegschaftsversammlungen wurden Forderungen bezüglich besserer Versorgung mit Lebensmitteln und einer Lohnsteigerung gestellt. (Bf. Btg.)

Letzte Nachrichten.

Neue Versenkungen.

Berlin, 4. Febr. (Antlich.) Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient in Italien wurde durch unsere U-Boote in mittleren und besonders im östlichen Teile des Mittelmeeres durch die Vernichtung von 4 Dampfern und 4 Seglern wieder erheblich geschädigt. Einer der vernichteten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer „Hamptstead“ 3447 Tonnen gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler „Guileppe“ hatte Phosphat geladen.

Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 5. Febr. Der „Rössischen Zeitung“ zufolge beginnen die in Sinaia Unterhandlungen zwischen dem Bismarck und Rumänien über den Abschluß eines Waffenstillstandes.

Die Schreckensherrschaft der roten Garde.

Stockholm, 5. Febr. Nach Meldungen der Stockholmer Blätter nimmt die Schreckensherrschaft der roten Garde in Seltinöfors immer entsetzlichere Formen an. Die ganze Nacht hindurch hört man Gewehrfeuer und auch in der vorigen Nacht wurden wieder mehrere Bürger erschossen. Nach Angabe der Eisenbahnbeamten erhielt die rote Garde auch in Seltinöfors Unterstützung durch russische Truppen, die unter dem Befehl eines Kommissars eintrafen. Unter den gestern Nacht Ermordeten befindet sich auch ein junger Arzt, der im roten Kreuz-Krankenhaus angestellt war. Nach Berichten von Augenzeugen wurde der frühere General der finnischen Garde Silverhielm, der sich, obwohl schon 70 Jahre alt, gegen die ihn überfallenden Soldaten der roten Garde tapfer verteidigte, von der Uebermacht überwältigt, gefötet, dann mit Bajonetten durchbohrt und in einen Sad geweckt. Die militärische Abteilung der russischen Volkskommissare hat die russischen Soldaten durch Befehl aufgefordert, die rote Garde in Finnland zu unterstützen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Papierfammlung Oststadt

am Dienstag und den folgend. Tagen Sammler haben abgestempelt. Wir bitten um gefällige Vorbereitung.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt 2 tüchtige Elektromonteuere. Meldungen bei unserem Fabrikportier erbeten. Benzwerke Gaggenau Gaggenau (Murgtal).

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt jüngere Burschen und Mädchen. Arbeitsbuch und Dittungskarte mitbringen. Gesellschaft Sinner in Karlsruhe-Grünwinkel.

Tüchtige Stenotypistinnen für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht. Städt. Arbeitsamt 2209 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe Jähringerstr. 100, 2. Stock.

Köchinnen für Privat Mädchen für alles Mädchen zum Anlernen sowie Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später. Städt. Arbeitsamt 2187 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe Jähringerstr. 100, 2. Stock.

Dokumente zum Weltkrieg. 1. Das deutsche Weisbuch 0,30 RM. 2. Das englische Weisbuch I 0,30 3. Das englische Weisbuch II 0,30 4. Das russische Weisbuch 0,30 5. Das belgische Weisbuch 0,30 6. Das Weisbuch Frankreichs I 0,30 7. Das Weisbuch Frankreichs II 0,30 8. Das Weisbuch Frankreichs III 0,40 9. Das österreichisch-ungarische Weisbuch 0,40 10. Das italienische Weisbuch I 0,30 11. Das italienische Weisbuch II 0,30 12. Das serbische Weisbuch 0,30 13. Das deutsche Weisbuch II, 1. Teil 0,30 14. Das deutsche Weisbuch II, 2. Teil 0,60 15. Das bengalische Weisbuch (Nachträge) 0,60 16. Aus dem belgischen Weisbuch II (Nachträge) 1,-

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegerwitwe eine Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung? (Mit amtlicher Genehmigung.) Zweite erweiterte Auflage. Preis 70 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto.

Die freie Burg von Rob. Grumbach. Preis RM. 1,50 (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto). Eine Erzählung, die im großen ganzen die Studentenzeit des verstorbenen Genossen Dr. Ludwig Frank behandelt. Wir können das äußerst interessant verfasste Werkchen zur Anbahnung bestens empfehlen. Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe 24.

Kaffee Erbprinz

Täglich nachmittags und abends Grosses Künstler-Konzert

Georg Haas, früher Geschäftsführer „Kaffee Odeon“. 2400

Keine Schuhnot mehr!
Schuhvortrag
mit Ausstellung zeitgemäßer Modelle
Mühlburg
Bardtschule, alter Rathausaal
von Frau Luise Kamp
Mittwoch abend um 8 Uhr.
Eintritt frei. 2467
Badischer Frauenverein.

Empfehlung!
Vittschritten, Eingaben aller Art, außergerichtl. Vertretung von Forderungen, Stellung von Vormünderungsrechnungen, Beschaffung von Zeugnissen u. andern Papieren besorgt sachmännlich und billig. 2465

E. Hertweck,
Morgenstraße 14 III. r.

Rasier-Ringen
werden haarscharf geschliffen.
Etilid 10 Pfg. 1959
Kaiserstr. 18, Laden.

Stundenfrau.
Unabhängige, ordentliche Frau gesucht für mehrere Stunden Hausarbeit, jeden Freitag nachmittags 2 Uhr an. Bezahlung stundenweise. 2469
Frau Dr. Mittel, Eildendstr. 24, 2. St.

Dreher
sowie mehrere etwa 16jährige junge Leute zu Hilfsarbeiten gesucht. 2450
Maschinenfabrik Zurtrassen (H. Graf Nachf.) Grünmattlerstraße.

Strümpfe

- Damenstrümpfe schwarz u. leder, durchbrochen Paar **2.45**
- Damenstrümpfe beige, grau, marine, durchbrochen Paar **3.75**
- Damenstrümpfe Seidenflor, schwarz mit Hochferse Paar **4.50**
- Damenstrümpfe Seide m. Flor durchbrochen, schwarz u. leder, Paar **5.90**
- Seidenstrümpfe** mod. Kleiderfarben schwarz-weiß
- Herrensocken schwarz und Leder Paar **1.45**
- Herrensocken gewebt, in schönen Farben Paar **1.85**
- Herrensocken gestrickt, grau meliert Paar **2.75**
- Herrensocken** schwarz, gewebt, mit Wollsohle **1.90**

Konfirmanden - Artikel

- Konfirmanden-Hemden 9.25 14.50 16.50
- Konfirmanden-Beinkleider 5.50 9.25 13.75
- Konfirmanden-Röcke 4.95 6.95 8.85
- Konfirmanden-Taillen 4.75 6.95 9.25
- Konfirmanden-Handschuhe Glacé 3.25 4.50 6.50
- Konfirmanden-Handschuhe Stoff 1.75 2.50 2.90
- Konfirmanden-Handschuhe Seide 2.90 3.90 4.25
- Konfirmanden-Gesangbücher 5.25 bis 15.50
- Konfirmanden-Lelbchen 9.75 bis 15.75
- Konfirmanden-Oberhemden 9.50 bis 16.75
- Konfirmanden-Krawatten 1.20 bis 1.95
- Konfirmanden-Hosenträger 1.60 bis 3.25
- Konfirmanden-Müle steif und weich 3.45 bis 8.90
- Konfirmanden-Tücher bestickt 1.20 bis 3.75
- Kommunion-Kränze 1.95 bis 6.50
- Kerzen-Garnituren 0.95 bis 3.75
- Kerzentücher 2.25 bis 4.50

Ueber Reparaturen gestrickter Sweter und Anzüge
erteilt unsere Wollwaren-Abteilung (Erdgeschoss) Auskünfte.

Geschwister 2468
KNOPF

Passende Geschenke für Konfirmanden
in unseren Abteilungen:
Bijouterie Lederwaren Galanterie Bücher

Fango-Kuranstalt Friedrichsbad. 2173
Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Ausgestämmte Frauenhaare
Lauti
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Divans,
sehr schöne, neue, zu verkaufen.
Volkerstr. 11, Köhler
Schützenstr. 25. 2464

Junge Mädchen
im Alter von 14 Jahren finden auf Ostern oder früher Beschäftigung bei
F. Wolff & Sohn
G. m. b. H. 2414
Durlacher Allee 31/33.

Druckmaschinen fertig an
Buchdruckerei Volkshreund.

Markt 2000 Haupttreffer
Lam in der württ. Wohlfahrts-Lotterie neben vielen kleineren Gewinnen an meine wertvolle Kundschaft. 2470
Zum Spielen zunächst
Eisenacher à 1 Mk.
Wagr. Krüger à 2 Mk.
Wormser à 3 Mk.
die ich bestens empfehle

Carl Götz
Gebelfstr. 11/15, 5. Rathaus.

Parteiliteratur
empfehlen
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24.

Bitte.
Vom 5. Febr. bis 20. Febr. 1918
Altpapier- und Altmaterialien-Haussammlungen
in Karlsruhe.
Sammeltage für die einzelnen Stadtteile geben wir noch bekannt. 2464
Gebt und helft uns alle!
Bad. Landesverein vom Roten Kreuz Depotabteilung.

Gesucht zum sofortigen Eintritt
tüchtige, fleißige Arbeiter
Zu melden beim Portier der
Bad. Lebensmittelfabrik Louis L. Stern & Co.
Arbeitsbuch und Quittanzen sind mitzubringen.

Brennholz-Verkauf.
Wir haben auf unserem Lagerplatz, Ecke Geranien- und Goethestraße, kurz gesägtes Brennholz zu verkaufen.
Brucks & Hörner
Büro: Kaiserallee 97. 2444

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
Geburten. Vera, B. Karl Friedrich Wilhelm Giesinger, Fabrikarbeiter. Diefelotte, B. Georg Michael Weiler, Gepädtschaffner. Gertrud Jemgard, B. Albert Adolf Voeltge, Brauereidirektor. Jena, B. Julius Schill, Fabrikarbeiter. Erwin Ludwig, B. Ludwig Geiß, Fabrikarbeiter. Alfred Wilhelm, B. Hermann Gust. Kraep, Pförner.
Eheschließungen. Alphons Racker, Fabrikarbeiter in Mühlhausen i. E., und Luise Friederike Leih, hier. Ludwig Krüger, Architekt, Witwer, und Josefina Oberle geb. Leisch, Witwe, beide in Karlsruhe. Wilhelm Mayer, Gastwirt, Witwer, und Auguste Lina Munderich.
Sterbefälle. Julius Riehm, ledig, Tagelöhner, 66 J. alt. Vera Möhner geb. Volley, Ehefrau des Fabrikarbeiters Jakob Möhner, 62 J. alt. Johanna Kattermann geb. Nagel, Ehefrau des Heinrich Jakob Kattermann, Kaufmann, 50 J. alt. Wilhelm Jakob Berth, Fabrikarbeiter, Ehemann, 54 J. alt. Josef Kreutz, ledig, Weißgerber, 63 J. alt. Theodor Max Eichmann, 8 Mon. alt. B. Friedrich Eichmann, Fabrikarbeiter. Johannes Wetscher, Privatmann, Ehemann, 62 J. alt, in Dühren wohnhaft. Christiane Elisabeth Kuhn geb. Kreuz, Ehefrau des Schlossers Albert Karl Kuhn, 43 J. alt. Jakob Sutter, Maurer, Ehemann, 70 J. alt. Hermann Dreßler, Gymnast, Leutnant d. R., 22 J. alt. Karl Friedrich Häfner, Blechmer und Installateur, Pensioner, 19 J. alt. Heinrich Wilhelm Müller, Fuhrmann, Grenadier, 21 J. alt. Janni Helene Gertrud Böhm, 14 J. alt. B. Julius Max Böhm, Bischofsweber. Emma Herm, 7 Monate alt, B. Franz Faber Herm, Fabrikarbeiter

Städtisches Vierordtbad. Große Schwimmhalle.
Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Sonntags nachmittags, sowie Freitags abends 6-8-1/2 Uhr
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2-3-1/2 Uhr, Freitags nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Sonntags nachmittags 8-9-1/2 Uhr. Sonntags geschlossen.
Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen. Anton Holzhauser von hier, Kraftwagenführer hier, mit Maria Morlok von Schwarzenberg. Georg Zimmer von Nödingen, Zimmermann hier, mit Luise Wilhelmine Sommer von Zabersfeld; Georg Schneider von Rufingen, Kellner hier, mit Matka Kann von Jülich. Oskar Schmieder von hier, Maler hier, mit Sophie Meßner von hier.
Geburten. Hedwig, B. Heinrich Köhn, Schriftföher. Reinhardt Friedrich, B. Friedrich Märkle, Buchbinder. Elisabeth Anna, B. Dr. Rudolf Herrmann, Chemiker. Meta Herta, B. Albert Streuß, Buchdrucker. Gertrud Elisabeth Adelinde, B. Johannes Senge, Bismarckmeister. Margaretha Maria, B. Ernst Meßner, Rangschiffhülfe. Juliane Henriette Käte, B. Karl Andreas Wahl, Bildhauer. Walter Jakob, B. Anton Kuhn, Schneider.
Todesfälle. Katharina Hamburger, 49 J. alt, Ehefrau von Franz Hamburger, Fabrikant. Friedrich Adelsberger, Schmied, Ehemann, 51 J. alt. Amalie Dörr, 53 J. alt, Ehefrau von Albert Dörr, Rangschiffhülfe. Jakob Schmidt, Tagelöhner, Witwer, 61 J. alt. Max Lieber, Major a. D., Kunstmaler und Professor, 66 J. alt; Anna Ruf, 20 J. alt, Ehefrau von Friedrich Ruf, Maler und Tapezier. Christiane Treiber, 87 J. alt, Witwe von Martin Treiber, Straßenwart. Helmut, 1 Jahr 2 Monate 21 Tage alt. B. + Wilhelm Göhmann, Badofenbauer. Karl Lint, Bureauassistent, Ehemann, 37 J. alt. Franz Ringensfuß, Althändler, Witwer, 60 J. alt. Thekla Himmelsbach, 48 J. alt, Ehefrau von Alfred Himmelsbach, Postanwärter. Karl Friedrich Leckler, Landwirt, Ehemann, 60 J. alt.